

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: *20408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Uwe Jens MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, erinnert an Kanzler Erhards Arbeitszeitverkürzungsvorschläge.
Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten, schlägt bessere Regelungen für die Verkehrsführung in Ballungsgebieten vor.
Seite 3

Karl Heinz Hiersemann MdL beschuldigt die "Konservative Aktion" übelster Machenschaften.
Seite 4

Dokumentation
Hans Günter Brauch über den Bestand und die Entwicklung der Kernsprengköpfe in Europa.
Seite 5

39. Jahrgang / 105

1. Juni 1984

An der hohen Arbeitslosigkeit interessiert

Warum Arbeitgeber und Regierung die 35-Stunden-Woche abblocken

Von Uwe Jens MdB
Obmann der Sozialdemokraten im Wirtschaftsausschuß des Bundestages

Es gibt noch immer Arbeitnehmer, die zweifeln, ob die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine Lösung unserer Probleme bringt; es gibt Handwerker und Einzelhändler, die fürchten, daß die 35-Stunden-Woche auch morgen bei ihnen eingeführt werden soll. Beides stimmt nicht - um was geht es denn?

In den 50er und 60er Jahren wurde die Arbeitszeit zunächst in der Industrie von 48 auf 40 Stunden reduziert. Die Wirtschaft ist daran nicht zugrundegegangen. Der CDU-Kanzler Ludwig Erhard hatte 1965 sogar öffentlich erklärt, in den 70er Jahren die 35-Stunden-Woche zu verwirklichen. Aber dazu kam es nicht; denn ab 1970 gab es keine weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Die Arbeitgeber hatten diese Forderung zum Tabu erklärt, und die heutige Regierung hat sie in dieser starrsinnigen Haltung wiederholt auch noch bestärkt. Dabei gibt es keinen sichtbaren Grund, die 40-Stunden-Woche auf alle Zeit festzuschreiben. Der Verteilungsspielraum, der zur Verfügung steht, kann

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verleger: Uwe Jens
MdB, Obmann der Sozialdemokraten
im Bundestag



ohne Probleme für die Wirtschaft sowohl in Arbeitszeitverkürzung als auch in Lohn-
erhöhung umgesetzt werden. Wer eine Forderung zum Tabu erklärt, muß sich den Vor-
wurf gefallen lassen, nicht mehr rational sondern ideologisch zu handeln.

Jeder Arbeitnehmer kennt im Übrigen aus seinem Bereich Beispiele, wie menschliche
Arbeit durch neue Maschinen ersetzt worden ist. Wo früher zehn Arbeitnehmer be-
schäftigt waren, steht jetzt nur noch eine Maschine mit einem Arbeitnehmer. Mit
oder ohne Arbeitszeitverkürzung, diese Rationalisierung schreitet nahezu unauf-
haltsam voran. Wenn wir aber mit weniger Menschen wesentlich mehr produzieren
können - und der Absatz nicht steigt - muß dringend die Arbeitszeit für alle ver-
ringert werden. Heute gibt es bereits 2,2 Millionen Menschen, die auf eine
Arbeitszeit von Null Stunden die Woche gesetzt worden sind.

Die amtierende Regierung tut so gut wie nichts gegen die Arbeitslosigkeit. Der
geistige und so moralische Bundeskanzler Kohl hatte vor Wochen bereits massiv
Stellung für die Arbeitgeberverbände bezogen. Der Präsident der Bundesanstalt
für Arbeit hat jetzt zusätzlich entschieden, kein Geld für Arbeitnehmer aus ande-
ren Tarifgebieten zu zahlen, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Aussper-
rung verhindert außerdem das Gleichgewicht in der Tarifaueinandersetzung zugun-
sten der Arbeitgeberverbände.

Arbeitszeitverkürzung ist sicherlich kein Allheilmittel gegen die hohe Arbeits-
losigkeit. Notwendig wären ferner zielgerechte, politische Maßnahmen der jetzigen
Regierung. Mit dem Programm für Arbeit und Umwelt, das die Sozialdemokraten vorge-
legt haben, könnten etwa 400.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
Die Zinsen müßten endlich heruntergedrückt werden und dürften nicht weiter steigen,
wie es zur Zeit leider aussieht.

Eine wichtige Maßnahme, die von der Regierung nicht abgeblockt werden kann, die
allein in den Händen der Tarifvertragsparteien liegt, ist die Arbeitszeitver-
kürzung. Wer sich ständig gegen alle Maßnahmen wehrt, muß sich den Vorwurf gefal-
len lassen, daß er an der hohen Arbeitslosigkeit interessiert ist.

(-/1.6.1984/ks/va)

+ + +



Gegen den Wegweiser-Wirrwarr

In der Ferienzeit irren viele Autofahrer ratlos in den Ballungsgebieten umher

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die vor uns liegende Ferienzeit mit dem sprunghaften Ansteigen des Reiseverkehrs bietet Anlaß zu dem Appell, effizientere Wegweisungskonzepte in unseren Städten zu erarbeiten. Insbesondere der Ferienreiseverkehr in seinem heutigen Umfang zeigt täglich umherirrende Autofahrer, die die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrsablaufs empfindlich stören und behindern. Ein Verkehrskonzept zur besseren Verkehrsweisung gerade in den Ballungsgebieten ist dringend erforderlich. Durch Ortskenntnis und ein umfangreiches Straßennetz wird viel kostbarer Treibstoff vergeudet und damit die Umwelt belastet.

Das Verfahren und ratlose Umherirren in den Städten ist ein Problem, das irgendwann einmal fast jeden Autofahrer trifft. Der Verkehrsablauf wird dann durch falsches Einordnen, Schleichen, plötzliches Bremsen gestört und andere Verkehrsteilnehmer dadurch gefährdet. Somit ist auch die Verkehrssicherheitsfrage angesprochen, zumal man aus Untersuchungen weiß, daß 26 Prozent der Autofahrer gegen Verkehrsregeln verstoßen würden, nur um die Orientierung nicht zu verlieren. Seit Jahren tüfteln deshalb Techniker schon an Systemen, wie sich Autofahrer im Asphaltgewirr besser zurechtfinden können. Gute Straßenkarten sind sicher eine große Hilfe. Diese allein können jedoch dort nicht weiterhelfen, wo Zielortfehler die Beschilderung und Führung der Verkehrsteilnehmer zur Farce werden lassen.

Schuld an der bisherigen Misere ist nicht allein die komplexe Struktur der Ballungszentren. In der Regel wird bei der Wegweisung ohne Systematik vorgegangen. Lediglich die Initiative einiger zuständiger Verantwortlicher entscheidet, wobei die Vielfalt örtlicher Spezialitäten kaum bewußt wird. Ganz wenige Städte haben ein ausgearbeitetes, überschaubares Wegweisungskonzept.

Ein Grund für diese Misere ist, daß bisher nur die Beschilderung von Autobahnen und Bundesstraßen genau geregelt ist. Obwohl auch diese verbesserungswürdig ist, bereitet sie den Autofahrern die wenigsten Probleme. Für die Wegweisung in Städten gilt die Straßenverkehrsordnung, die so allgemein gehalten ist, daß sich aus ihr nur Richtvorgaben für die Beschilderung ableiten lassen.

Wieviele Namen, Kürzel und Zahlen an einer Kreuzung angebracht sind, wird vom Gutdünken der Straßenverkehrsbehörden bestimmt. Die Folgen sind oft fatal: An Knotenpunkten nimmt die Zahl der Unfälle rapide zu.

Vor diesem Hintergrund sind bundeseinheitliche Richtlinien für eine klare und konsequente Wegweisung sowie die Einführung einer Kontrollinstanz notwendig, die eine streckenbezogene Unfallauswertung vornimmt und Schwachpunkte aufspürt.

Andernfalls wird es bei Millionen unfallprovozierender und energievergeudender Irrfahrten bleiben. In diesem Zusammenhang sollten auch Stadtplaner und Hausbesitzer das Aufspüren von Straßennamen und Hausnummern erleichtern. Oft sind diese weit im Hintergrund angebracht, von Büschen und Bäumen verdeckt, verrotten und im Dunkeln nicht zu lesen. Dies ist besonders auch im Hinblick auf die eigene Sicherheit bei Rettungsdiensten von besonderer Bedeutung.

(-/1.6.1984/ks/va)

+ + +



Pachmans üble Unterschriften-Akquisition

Die Gemeinnützigkeit der "Konservativen Aktion" erneut im Zwielficht

Von Karl Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Es ist kaum zu glauben, mit welcher Frechheit die "Konservative Aktion" des Herrn Ludek Pachman agiert. Da verbreitet sie Flugblätter und Anzeigen und setzt irgendwelche Namen drunter, ohne die Leute zu fragen - in der Hoffnung, daß die Betroffenen entweder nichts merken oder dann nichts dagegen unternehmen. So auch auf einem Flugblatt "Die Mauer muß fallen! Erst dann Kredit für Honecker!", in dem auf übelste Weise Polemik betrieben wird. Auf der Rückseite des Flugblattes, das nach Angaben Pachmans "inzwischen in mehreren deutschen Zeitungen veröffentlicht" wurde, findet sich auch mein Name: "Karl Heinz Hiersemann (Rechtsanwalt)".

Daß mein Name unter dem Flugblatt zu finden war, merkte ich erst, als mich ein Brief der "Konservativen Aktion" erreichte. Unterschrieben von Ludek Pachman (Bundesvorsitzender) und Bernhard Prinz von Sachsen (Schatzmeister) schrieb die "Aktion" abschließend: "Wir danken ihnen, daß Sie mit Ihrer Unterschrift ganz maßgeblich zum Gelingen unseres Anliegens beitragen werden..."

Ich habe dieses Flugblatt weder unterschrieben, noch lag es mir jemals zur Unterschriftsleistung vor. Ganz abgesehen davon, daß der politische Inhalt von mir in keiner Weise geteilt werden kann. Meine Anwälte haben mittlerweile entsprechende Schritte unternommen.

Angesichts solch dubioser Praktiken der "Konservativen Aktion" muß erneut die Frage aufgeworfen werden, mit welchem Recht die "Aktion" in den Genuß der Gemeinnützigkeit kommt. Bekanntlich war Pachmans Verein in Hamburg die Gemeinnützigkeit verweigert worden. Nach einem Umzug in den Freistaat war der "Konservativen Aktion" sofort die Gemeinnützigkeit zugestanden worden - am 2. November 1981 vom Finanzamt München wegen der Ziele "Aufklärung und Bildung". Warum, das ließ Bayerns Finanzminister Streibl trotz bohrender Fragen seitens der SPD bisher offen.

Die Gründe werden vom Finanzministerium unter dem Deckmantel des Steuergeheimnisses gehalten. Nachdem aber Ludek Pachman selbst mit der Gemeinnützigkeit und den damit verbundenen Auswirkungen auf die steuerliche Befreiung von Spenden hausieren gegangen ist, darf ich davon ausgehen, daß die Gemeinnützigkeit gewährt wurde.

Besteht die Gemeinnützigkeit weiterhin? Ist sie für einen Verein noch zu rechtfertigen, der seine seltsame Art der "Aufklärung" mit Unterschriften garniert, die nie gegeben wurden? Dessen Umzug nach Bayern offenbar nur auf dem Papier geschah, da auch die neuesten Machwerke der "Konservativen Aktion" unter der Hamburger Adresse und Telefonnummer laufen?
(-/1.7.1984/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Sicherheitspolitik am Ende?

Der Abrüstungsfachmann Hans Günter Brauch hat als Herausgeber einer Bestandsaufnahme der Sicherheitspolitik, der Perspektiven und neuen Ansätze auch zusammengestellt, wie es um die Kernsprengköpfe in Europa steht. Der SPD-Pressedienst dokumentiert Aussagen und eine Übersicht von Brauch (Sicherheitspolitik am Ende? Bleicher-Taschenbuch, Gerlingen 1984):

Auf der 34. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 27. und 28. Oktober 1983 in Montebello in Kanada wurde entschieden, "1.400 nukleare Gefechtsköpfe in den nächsten Jahren abzuziehen. ... Außerdem wird festgestellt, daß diese Reduzierung nicht durch eine eventuelle Stationierung von Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite (LRTNF) berührt wird, da jeder nukleare Gefechtskopf einer Pershing II oder eines landgestützten Marschflugkörpers (GLCM) gegen einen anderen Gefechtskopf ausgetauscht wird. Die Durchführung dieser Entscheidung in bezug auf die genaue Zusammensetzung des Nuklearwaffenbestandes liegt in der Verantwortung des zuständigen militärischen Befehlshabers. Ein entsprechendes Programm wird ausgearbeitet und im Verlauf der nächsten fünf bis sechs Jahre durchgeführt. In diesem Zusammenhang werden Systeme mit kurzer Reichweite besonders berücksichtigt."

Verteidigungsminister Wörner interpretierte die "Entscheidung von Montebello" als Ausdruck einer von den Deutschen maßgeblich mitbeeinflußten Strategie mit der Maxime "Weg von kurzreichenden Gefechtsfeldwaffen". Als "Morgenröte der Vernunft" feierte am 4. November 1983 der ehemalige Regierungssprecher Kurt Becker in der ZEIT diese Entscheidung unter anderem damit, daß die NATO ihre nukleare Munition mit einer Reichweite bis zu dreißig Kilometer beträchtlich vermindere, das Kurzstreckensystem Honest John ausmustere, die Zahl der 1.000 Flugzeuggbomben kürze, die Anzahl der Minen rigoros herabsetze, das nukleare Luftabwehrsystem völlig beseitige. Diese Interpretation widerspricht jedoch den Angaben von McNamara und Lynn Davis über die Zusammensetzung des derzeitigen amerikanischen Nuklearwaffenpotentials in Europa.

Geht man davon aus, daß gegenwärtig in Europa über 300 Atomminen und davon in der Bundesrepublik 250 bis 350 stationiert sind, dann verbleiben nach McNamara für die nuklearen Luftabwehrwaffen vom Typ Nike-Hercules circa 1.400 Sprengköpfe, was der Zahl der Nuklearsprengköpfe entspricht, die nach der "Entscheidung von Montebello" bis 1988/89 aus Europa abgezogen werden sollen. Seit dem 6. Dezember 1983 ist bekannt, daß die Nike-Hercules durch 36 Feuerbatterien des konventionell bestückten Luftabwehrsystems Patriot ersetzt, das heißt alle abgezogen werden. Wenn die Angaben von McNamara und Lynn Davis sowie der Nordatlantischen Gesellschaft zutreffen, dann handelt es sich bei den 1.400 Sprengköpfen, die bis 1988/89 abgezogen werden sollen, ausschließlich um die Sprengköpfe für die Nike Hercules, die erstmals 1958 in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik stationiert wurden. Am 10. November 1983 deutete der Staatssekretär im Pentagon, Richard Perle, bereits einen Rückzieher an: Die NATO könnte ihren Beschluß, 1.400 taktische Atomwaffen aus Europa abzuziehen, ändern, wenn die Sowjetunion versuchen sollte, daraus "Nutzen" zu ziehen. Dies könne geschehen, wenn die Sowjetunion mehr Raketen stationiere als erwartet werde.

In Montebello verständigten sich die NATO-Verteidigungsminister über eine Reihe von möglichen Verbesserungen, um die Trägersysteme und Gefechtsköpfe überlebensfähig, reaktionsfähig und wirksam zu halten. Um welche Modernisierungen es sich hierbei



möglicherweise handelt, ist aus dem Produktionsprogramm für neue amerikanische Kernsprengköpfe für die Jahre 1983 bis 1992 ersichtlich. Die Angaben schwanken zwischen 37.091 bei Arkin, Hoenig und Cochran (Arms Control Today, April 1982) und 17.083 im Heft 9/1983 des Defense Monitor. Welche Sprengköpfe sollen für Trägersysteme produziert werden, die bereits in Europa stationiert sind?

Angesichts dieser Produktionszahlen für neue nukleare Sprengköpfe in den kommenden zehn Jahren, von denen ein Teil in Europa stationiert werden wird, erscheint es eher wahrscheinlich, daß die Zahl der amerikanischen Kernsprengköpfe in Europa wieder auf 7.000 oder mehr steigen wird, statt auf 4.600 zurückzugehen - eine Zahl, die man in der Entscheidung von Montebello vergeblich sucht.

Im Dezemberheft 1977 der Europäischen Wehrkunde schrieb Manfred Wörner: "Der Westen braucht die Neutronenwaffe. Es gibt kein gewichtiges Argument, das dieser Wertung entgegenstünde." Auf die Neutronenwaffe angesprochen, erklärte Wörner am 28. Oktober 1983 in Montebello: "Für mich, die Bundesregierung und die Allianz ist die Neutronenwaffe nicht aktuell." Amerikanische Verteidigungsexperten ließen bereits im September 1981 und im Frühjahr 1982 ihr Interesse an einer Stationierung der Neutronensprengköpfe in Europa erkennen. Auf die Frage des Abgeordneten Dicks, ob der NATO-Rat einer Stationierung der Neutronensprengköpfe in Europa zustimmen müsse, antwortete General Fulwyler, der Direktor der nuklearen und chemischen Abteilung im US-Generalstab, "nicht notgedrungen. Wir sind jedoch die Verpflichtung eingegangen, daß wir hinsichtlich der Neutronenwaffe vor einer Stationierung unsere Alliierten konsultieren wollen. In dieser Hinsicht würden wir sie konsultieren aber auch im Rahmen... Abgeordneter Dicks: Worüber reden sie? Das sind ja wichtige Worte. Konsultieren, das heißt für mich, daß man sie informieren muß, aber wenn man es tun will, daß man es trotzdem tun kann. ... Sie müssen nur konsultieren? Sie könnten einseitig handeln? General Fulwyler: Nun, ich bin sicher, wir könnten, je nachdem wo die Krise wäre."

Wiederholt wiesen führende amerikanische Offiziere in dieser Anhörung auf das große Interesse der NATO-Verbündeten an der Neutronenwaffe hin.

Es ist davon auszugehen, daß ebenso wie die Entscheidung über den Kauf der Patriot-Raketen und den geplanten Kauf der Pershing I-B-Raketen aus taktischen Gründen erst nach Billigung des NATO-Doppelbeschlusses erfolgte, die Stationierung von Neutronensprengköpfen für die Bundesregierung dann aktuell wird, wenn die Neutronensprengköpfe in größerer Zahl verfügbar sind und keine Wahlen bevorstehen.



Tabelle 8: Produktionsziffern für neue amerikanische Kernsprengköpfe für bereits in Europa stationierte Trägersysteme (1982/83-1992/Mitte 1990er Jahre)

Waffen- kategorie	Waffensystem (Träger)	Anzahl (geplant)	Bezeich- nung des Spreng- körpers	Angaben Arms Con- trol Today 4/1921)	Nuclear Weapons Databook 1984 ²⁾	Defence Monitor 7/1983 ³⁾	Spreng- kraft in Kilo- tonnen	Zielge- nauig- keit in Metern	Reich- weite in km	Flug- zeit in Minuten
Mittel- strecken- raketen	Pershing II	380-385	W-85	300	1983: 300	380	6-50	40	1.800	10-15
	Landgestützte Marschflugkörper	560-565	W-84	560	1983: 560	560	10-50 (200-300) ⁴⁾	30-40	2.500	170 2-3 Std.
	Bomben für Flugzeuge		B-61 B-83	1.000 2.500	1984: 2.500	1.000 2.500	Variabel 1 Mega- tonne (strategische Reserve)	nach Arkin 72 in der BRD soll B-43 ersetzen nach Arkin ca. 200 in der BRD		
Kurz- strecken- raketen	Seegestützte Marschflugkörper		W-80-0	460	1984: 1.000	758				
	Luftgestützte Marschflugkörper		W-80-1	4.268	1986/87: 3.000	3.500				
Gelochts- feld- systeme	Lance		W-70-3	280	1981/82: 380	(380)		Neutronensprengkopf		
	Corpus Support Weapon System Pershing I A/B			500	1988: 500	-		Neutronensprengkopf		
Gesamtsystem	203 mm Artillerie		W-79 W-79-1	680	1981: 600	800		Neutronensprengkopf als Ersatz für W-48 (kein Neutronensprengkopf)		
	155 mm Artillerie		W-82	3.500	1986: 1.000	1.000 ⁵⁾		Neutronensprengkopf		
Insgesamt				14.048	10.040	10.498				(inklusive W-70 = 10.878)
Alle A-Waffen				37.081		17.083				
% aller A-Waffen				37,9 %		61,5 %				

Quellen: 1) William M. Arkin, Thomas B. Cochran und Milton M. Hoening, "The U.S. Nuclear Stockpile - Materials Production and New Weapons Requirements", in: Arms Control Today, Bd. 12, No. 4, April 1982, S. 1-3, 6, 8.

2) Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Milton M. Hoening, Nuclear Weapons Databook, Bd. 1: U.S. Nuclear Forces and Capabilities, Cambridge 1984, S. 18.

3) "More Bang, More Buckle: \$ 450 Billion for Nuclear War", in: The Defense Monitor, Bd. 12, No. 7, 1983, S. 5.

4) Hans Günter Brauch, "Der NATO-Doppelbeschluss und die Strategie der Allianz: Ein Pläboyer für die Seetätigung", in: Die Friedens-
warte, Nov. 1983, S. 78-79.

5) Walter Pincus, "Army, DOE at Odds Over Future of Controversial Nuclear Shell", in: Washington Post, 4. Februar 1984, S. 10) berichtet,
daß das für die Herstellung der Nuklearsprengköpfe zuständige Energieministerium hierfür im Haushaltsjahr 1985 keine Mittel bereit-
gestellt hat; die US Army hat jedoch in ihrem Haushalt 1985 für die Entwicklung des Neutronensprengkopfes für die 155-mm-Haubitze
15 Millionen Dollar vorgesehen.

